

Protokoll über die gemeinsame öffentliche Sitzung der Stadtteilbeiräte Findorff, Walle und Gröpelingen am 17.02.2015 im Nachbarschaftshaus Helene Kaisen, Beim Ohlenhof 10
--

Beginn der Sitzung: 18.30 Uhr
Ende der Sitzung: 20.50 Uhr

Fi. Nr. IX/02/15
Wa. Nr. IX/02/15
Grö. Nr. IX/02/15

Anwesend sind:

Stadtteilbeirat Findorff

Frau Gönül Bredehorst
Frau Hille Brünjes
Herr Bernd Dohrand
Herr Christian Gloede
Herr August Kötter
Frau Heidi Locke
Herr Oliver Otwiaska
Herr Michael Pelster
Herr Peter Reinkendorf
Frau Anja Wohlers

Stadtteilbeirat Walle

Frau Cornelia Barth
Herr Jürgen Diekmeyer
Frau Cecilie Eckler-von Gleich
Herr Wolfgang Golinski
Frau Brigitte Grziwa-Pohlmann
Frau Tanja Häfker
Herr Joseph Heseding
Frau Gudrun Lange-Butenschön
Herr Franz Roskosch
Herr Jörg Tapking
Herr Gerald Wagner
Herr Dr. Peter Warnecke
Herr Lutz Wendeler
Frau Brunhilde Wilhelm
Frau Nicoletta Witt

Stadtteilbeirat Gröpelingen

Herr Dieter Adam
Frau Helga Ebbes
Herr Raimund Gaebelin
Herr Norbert Holzapfel
Frau Ursula Neke
Herr Adedipo Ogunyena
Herr Klaus Puppä
Herr Bernd Schwertfeger
Herr Dieter Steinfeld
Herr Torsten Vagts
Frau Barbara Wulff

Gäste:

Herr Dr. Michael Schwarz, senatorische Behörde für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
sowie ca. 35 interessierte Bürger/-innen

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt und lautet wie folgt:

Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen

Die zurzeit bereitstehenden Fördermittel für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit reichen nicht aus, um die bestehenden Angebote unverändert zu lassen und Kostensteigerungen ausgleichen zu können. Die Neufassung des „Anpassungskonzeptes“ für die Jugendförderung, die sich stärker an den veränderten Bedürfnissen junger Menschen und den Kostensteigerungen orientiert, wird an diesem Abend vorgestellt.

Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen

Die Vorsitzende erläutert, dass es seit dem Jahr 2000 das Anpassungskonzept für stadtteilbezogene Kinder- und Jugendförderung gibt. Herr Dr. Schwarz erläutert das neue Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit (OJA) in der Stadtgemeinde Bremen anhand eines Papiers (Anlage 1). Anschließend stellt er die Budgets für die Stadtteile vor (Anlage 2). Der Verteilungsschlüssel enthält 22 verschiedene Indikatoren. Für die Gewichtung wurde zunächst ein Sockelbetrag von 80 T€ festgelegt. Da keine Umverteilung stattfinden sollte, wurden vom Ressort 100 T€ zusätzlich zur Verfügung gestellt. Herr Dr. Schwarz erklärt dann den Beschluss des Jugendhilfeausschusses (Anlage 3), der verbindliche Wirkung für das Jugendamt habe. Unter Punkt 5 wird eine jährliche Aufstockung des Budgets um 3,5 % gefordert. Zu Punkt 8 verspricht der Senatsvertreter, dass die Mittel für zentrale Angebote erhalten bleiben. Und zu Punkt 12 erklärt er, dass das Konzept heute im Senat erörtert wurde und im Anschluss an die Bürgerschaft weitergeleitet werde. Herr Dr. Schwarz beantwortet im Anschluss Fragen aus den Beiräten und von Bürgern.

Anträge der SPD (Anlage 4) und der Fraktion Die Linke (Anlage 5) werden verlesen. Nach kurzer Debatte wird ein gemeinsamer Antrag (Anlage 6) einstimmig beschlossen:

Die Punkte 2 und 3a des Antrags der Linken werden mehrheitlich abgelehnt.
Punkt 5 des Antrags der Linken wird beschlossen, die Forderung wird damit bekräftigt.
Ein Antrag der CDU zum Armuts- und Reichtumsbericht wird vertagt.

Vorsitzende


- Ulrike Pala -

Sprecher Walle

gez.

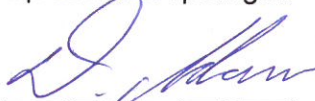
- Wolfgang Golinski -

Sprecherin Findorff

gez.

- Heidi Locke -

Sprecher Gröpelingen



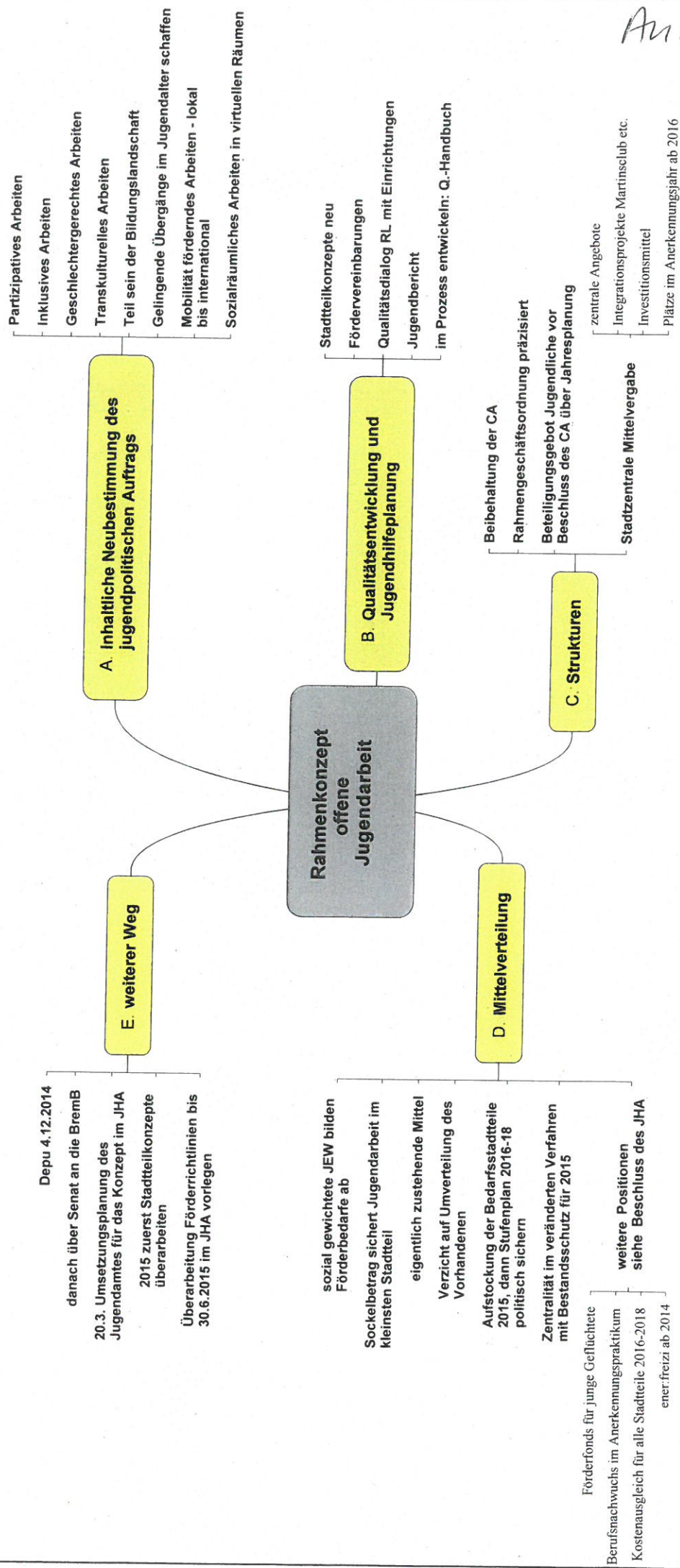
- Dieter Adam -

Protokoll


- Burkhard Viohl -

Anlagen

Anlage 1



Budgets für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendförderung 2015

		Real-Budget Jugendförderung 2011-14 in T€	Verteilungsschlüssel 2014	Saldo	Entscheidung JHA Verzicht auf Umverteilung anerkannte Mehrbedarfe in T€	Anteil am anerkannten Mehrbedarf in %	Verstärkungsmittel 2015 in T€ (Anteil von 100.000 €)	Stadtteilbudget 2015 in T€
51	Stadtteil Burg-Lesum	366	259	-107				366
52	Stadtteil Vegesack	457	421	-36				457
53	Stadtteil Blumenthal	569	538	-31				569
43	Stadtteil Walle	335	387	52	52	12	12	346
44	Stadtteil Gröpelingen	760	989	229	229	51	51	810
11	Stadtteil Mitte	184	178	-6				184
31	Stadtteil Östliche Vorstadt	223	158	-65				223
42	Stadtteil Findorff	193	158	-35				193
21	Stadtteil Neustadt	425	344	-81				425
23	Stadtteil Obervieland	391	404	13	13	3	3	394
24	Stadtteil Huchting	519	635	116	116	26	26	545
25	Stadtteil Woltmershausen	229	202	-27				229
32	Stadtteil Schwachhausen	133	114	-18				133
33	Stadtteil Vahr	420	408	-12				420
34	Stadtteil Horn-Lehe	130	110	-20				130
35	Stadtteil Borgfeld	69	83	14	14	3	3	72
36	Stadtteil Oberneuland	81	86	5	5	1	1	82
37	Stadtteil Osterholz	821	808	-13				821
38	Stadtteil Hemelingen	411	433	22	22	5	5	416
	Stadt Bremen	6.716	6.716	0	451	100	100	6.816

„Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen“

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt das „Rahmenkonzept offene Jugendarbeit in Bremen“ in der vorgelegten Fassung.
2. Er erwartet vom Amt für Soziale Dienste und von den Trägern der freien Jugendhilfe, durch die aktive Umsetzung des Rahmenkonzepts die Qualität der offenen Jugendarbeit in Bremen qualifiziert weiterzuentwickeln. Dazu sind im ersten Schritt im Jahre 2015 alle Stadtteilkonzepte für die offene Jugendarbeit entsprechend zu aktualisieren.
3. Der Jugendhilfeausschuss erwartet von der Verwaltung die Vorlage einer überarbeiteten Fassung der Förderrichtlinien für die offene Jugendarbeit bis zum 30.6.2015.
4. Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Absicht der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, bereits im Jahr 2015 durch Umschichtungen innerhalb des Produktplans 41 eine Verstärkung der Förderbudgets für Stadtteile mit Mehrbedarf vorzunehmen und damit auf die hohen Förderbedarfe von Kindern und Jugendlichen zu reagieren. Er unterstützt den Vorschlag, keine Umschichtung zwischen den Stadtteilen vorzunehmen. Er hält es für notwendig, die im sozial gewichteten Verteilerschlüssel ermittelten Zielzahlen in einem Stufenplan bis 2018 zu erreichen.
5. Der Jugendhilfeausschuss hält eine Aufstockung aller Stadtteilbudgets um jährlich 3,5 %, beginnend im Jahr 2016, für erforderlich, damit die steigenden Betriebskosten der Jugendeinrichtungen auskömmlich finanziert werden können.
6. Die im Rahmenkonzept genannte Schwerpunktsetzung in die Förderung von jungen Flüchtlingen durch und in den Jugendeinrichtungen wird vom Jugendhilfeausschuss ausdrücklich begrüßt. Um den spezifischen Anforderungen an diese Jugendarbeit genügen zu können, werden zusätzliche Fördermittel erforderlich. Der JHA bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, sich ressortübergreifend und auf gesamtstädtischer Ebene dafür einzusetzen, dass dieser Integrationsbeitrag durch zusätzliche Mittel angemessen finanziert wird.
7. Die im Rahmenkonzept genannte Schwerpunktsetzung in der Kooperation von Jugendarbeit und Schule für die Gestaltung der Bildungslandschaften soll im neu eingerichteten Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses fachlich mit dem Ziel beraten werden, für verstärkte gemeinsame Projekte von Schule und Jugendarbeit Schwerpunkte zu setzen und die erforderlichen Ressourcen darzustellen. Er bittet die Senatorinnen für Jugend und für Bildung, sich für die Bereitstellung der notwendigen Umsetzungsbedingungen einzusetzen.
8. Der Jugendhilfeausschuss erwartet eine qualifizierte Ermittlung der Bedarfe für die stadtteilübergreifenden und stadtzentralen Angebote der Jugendarbeit. Parallel zur Erarbeitung der Stadtteilkonzepte soll ein Konzept für diese zentralen Angebote erarbeitet werden. Er bittet die Verwaltung, für die finanzielle Ausstattung des stadtzentralen Fördertopfes ab 2016 im Zuge der Haushaltsaufstellung die für den Erhalt und Ausbau der bestehenden Angebote und für neue stadtzentrale Schwerpunktsetzungen (z.B. Teilhabe an Medienkompetenzen, Kultur, Genderförderung, Inklusion) erforderlichen Mittel anzumelden.
9. Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Bereitschaft von „Energiekonsens Bremen“, mit einem Förderprojekt die Themenstellung Klimaschutz und Energiesparen bereits kurz-fristig mit den Jugendeinrichtungen zu realisieren und damit auch einen Beitrag zur Absicherung der Grundlagen der offenen Jugendarbeit zu leisten. Er bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, die gegebenenfalls benötigten Komplementär-mittel (20 T€) aus Investitionsmitteln des Produktbereichs bereitzustellen.
10. Die im Rahmenkonzept aufgeführte Herausforderung der Gewinnung des Fachkräftenachwuchses wird vom Jugendhilfeausschuss als dringliche Zukunftssicherung bewertet. Er bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, mit dem Finanzressort über die Bereitstellung von zusätzlichen Plätzen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen (BA) im Anerkennungsjahr in den öffentlich finanzierten Jugendeinrichtungen freier Träger zu verhandeln und sicherzustellen, dass diese Option zum Frühjahr 2016 umgesetzt werden kann.
11. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorgelegte Rahmengesäftsordnung für die Controllingausschüsse für stadtteilbezogene offene Jugendarbeit mit den von LAG und Jugendverbänden vorgelegten Änderungen.

Beschlussentwurf der Stadtteilbeiräte Findorff, Gröpelingen und Walle

Kinder- und Jugendförderung bedarfsgerecht absichern

Die Beiräte des Bremer Westens fordern die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen auf, die offene Kinder- und Jugendarbeit abzusichern. Wir begrüßen ausdrücklich die Entscheidung, dass zwischen den Stadtteilen keine Umverteilungen vorgenommen wurden und somit die bestehende Jugendarbeit weiter fortgesetzt werden kann. Die derzeitige Erhöhung von 100.000€ für 2015 ist nicht ausreichend, sie ist auf mind. 450.000€ zu erhöhen. Eine stufenweise, langwierige Anpassung über mehrere Jahre lehnen wir ab.

Auf Grundlage des neuen Rahmenkonzeptes (OJA) und die damit erweiterten Aufgaben in der Praxis, sowie für den Mehraufwand in der Verwaltung sind weitere personelle und finanzielle Ressourcen erforderlich. Für die langfristige Absicherung der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind die finanziellen Ansätze bei den nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren zu planen und umzusetzen.

Begründung:

Die errechneten Budgets für die stadtteilbezogenen Kinder und Jugendarbeit ergeben den erforderlichen finanziellen Rahmen. Damit die bestehende Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auf ihrem Niveau fortgesetzt werden kann, hat das Sozialressort entschieden keine finanzielle Umschichtung vorzunehmen. Diese Entscheidung wurde von den Beiräten begrüßt.

Die Konsequenz im Sinne einer Stadtteilgerechtigkeit bedeutet eine Erhöhung des Gesamtbudgets auf 450 000€ p.A. Das Budget wurde aber für 2015 nur um 100.000€ erweitert, die nicht annähernd den anerkannten finanziellen Mehrbedarf in 7 Stadtteilen abdecken kann.

Das anspruchsvolle Rahmenkonzept OJA beinhaltet neue Aufgabenbereiche und bedeutet eine Qualitätserweiterung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Damit die Umsetzung in allen Stadtteilen gelingen kann, sind ausreichende finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um verlässliche Rahmenbedingungen herzustellen. Die erhöhten Anforderungen an die Verwaltung sind mit Personalstunden zu hinterlegen.

Nur eine auskömmliche Finanzierung sichert den sozialen Zusammenhalt und bedeutet eine gesellschaftliche Teilhabe für Kinder und Jugendliche. Die Umsetzung des Rahmenkonzeptes (OJA) leistet damit einen Beitrag zur inklusiven Arbeit, zur Armutsbekämpfung, zur Prävention und bedeutet eine wesentliche Unterstützung für den Bildungs- und Lebensweg von Kindern und Jugendlichen.

Bremen, 9.02.2015

Brigitte Grziwa-Pohlmann, Gönül Bredehorst, Barbara Wulff
und die Mitglieder der SPD - Beiratsfraktionen

DIE LINKE. Im Beirat Walle
c/o Jörg Taping, Geestemünder Str. 19, 28219 Bremen

Verteiler
per Mail

Jörg Taping

Fraktionssprecher

Geestemünder Straße 19

0421-3909025

joerg.taping@dielinke-bremen.de

www.dielinke-bremen-nordwest.de/

Bremen, den 16.02.2015

Die Offene Jugendarbeit auskömmlich finanzieren!

Die Beiräte Findorff, Gröpelingen und Walle mögen beschließen:

1. Die Beiräte Findorff, Gröpelingen und Walle begrüßen, dass das neu gefasste Rahmenkonzept Offene Jugendarbeit (OJA) unter Beteiligung von Akteuren, Fachkräften und Trägern erarbeitet wurde und wichtige fachliche Anregungen aufgenommen hat.
2. Die Beiräte kritisieren, dass keine Bedarfserhebungen im Sinne von sozialräumlichen Analysen vorgesehen sind. Sie fordern deshalb, dass die Stadtgemeinde Bremen ihrer gesetzlichen Verpflichtung gem. § 80 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII endlich nachkommt.

Begründung:

Der Jugendhilfeträger ist nach § 80 Absatz 1 Ziffer 2 SGB VIII gesetzlich verpflichtet, „den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln“.

3. Die Beiräte fordern die Sozialsenatorin auf, die Stadtteilbudgets bis zur Bedarfserhebung zumindest den Sozialindikatoren entsprechend anzuheben und den Erhalt aller Jugendfreizeitheime langfristig sicherzustellen. Dazu gehören:

- a) Die sofortige Erhöhung der Budgets von Gröpelingen (um 229.000€) und Walle (um 52.000€) wie vorgesehen gemäß der anerkannten Bedarfe lt. Sozialindikatoren als ersten Schritt.
- b) Die zeitnahe Erhöhung des Budgets der offenen Jugendarbeit um mindestens 30%, um die nicht erfolgte Anpassung an die Teuerungsrate der letzten 10 Jahre auszugleichen sowie die Jugendfreizeitheime auskömmlich zu finanzieren. Hierfür ist der Anteil der Förderung der offenen Jugendarbeit am Jugendhilfeetat auf 10% zu erhöhen (aktuell 3,5%). Anzustreben ist eine Mindestausstattung von 2 pädagogischen Fachkräften (2 Vollzeitäquivalente) für kleine Einrichtungen und entsprechend mehr für größere Einrichtungen.
- c) Die Beiräte lehnen eine Umverteilung zu Lasten anderer sozialer Angebote oder sozial benachteiligter Menschen ab!

Beschluss der Stadtteilbeiräte Findorff, Gröpelingen und Walle

Kinder- und Jugendförderung bedarfsgerecht absichern

Die Beiräte des Bremer Westens fordern die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen auf, die offene Kinder- und Jugendarbeit abzusichern.

- Wir begrüßen ausdrücklich die Entscheidung, dass zwischen den Stadtteilen keine Umverteilungen vorgenommen wurden und somit die bestehende Jugendarbeit weiter fortgesetzt werden kann. Die Beiräte lehnen eine Umverteilung zu Lasten anderer sozialer Angebote oder sozial benachteiligter Menschen ab!
- Die derzeitige Erhöhung von 100.000€ für 2015 ist nicht ausreichend, sie ist auf mind. 450.000€ zu erhöhen. Als erster Schritt ist die sofortige Erhöhung der Budgets von Gröpelingen (um 229.000€) und Walle (um 52.000€) gemäß der anerkannten Bedarfe lt. Sozialindikatoren vorzunehmen. Eine stufenweise, langwierige Anpassung über mehrere Jahre lehnen wir ab.
- Auf Grundlage des neuen Rahmenkonzeptes (OJA) und der damit erweiterten Aufgaben in der Praxis, sowie für den Mehraufwand in der Verwaltung sind weitere personelle und finanzielle Ressourcen erforderlich. Für die langfristige Absicherung der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind die finanziellen Ansätze bei den nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren zu planen und umzusetzen.
- Die Beiräte fordern eine zeitnahe Renovierung und energetische Sanierung der genutzten städtischen Immobilien.

Begründung:

- Die errechneten Budgets für die stadtteilbezogenen Kinder und Jugendarbeit ergeben den erforderlichen finanziellen Rahmen. Damit die bestehende Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auf ihrem Niveau fortgesetzt werden kann, hat das Sozialressort entschieden keine finanzielle Umschichtung vorzunehmen. Diese Entscheidung wurde von den Beiräten begrüßt.
- Die Konsequenz im Sinne einer Stadtteilgerechtigkeit bedeutet eine Erhöhung des Gesamtbudgets auf 450 000€ p.A. Das Budget wurde aber für 2015 nur um 100.000€ erweitert, die nicht annähernd den anerkannten finanziellen Mehrbedarf in 7 Stadtteilen abdecken kann. Das anspruchsvolle Rahmenkonzept OJA beinhaltet neue Aufgabenbereiche und bedeutet eine Qualitätserweiterung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Damit die Umsetzung in allen Stadtteilen gelingen kann, sind ausreichende finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um verlässliche Rahmenbedingungen herzustellen. Die erhöhten Anforderungen an die Verwaltung sind mit Personalstunden zu hinterlegen.
- Nur eine auskömmliche Finanzierung sichert den sozialen Zusammenhalt und bedeutet eine gesellschaftliche Teilhabe für Kinder und Jugendliche. Die Umsetzung des Rahmenkonzeptes (OJA) leistet damit einen Beitrag zur inklusiven Arbeit, zur Armutsbekämpfung, zur Prävention und bedeutet eine wesentliche Unterstützung für den Bildungs- und Lebensweg von Kindern und Jugendlichen.
- Als städtische Immobilienverwaltung ist Immobilien Bremen für Sanierung und Renovierung zuständig. Unangemessen hohe Energiekosten dürfen nicht weiter die Einrichtungsetats belasten!

Bremen, 17.02.2015

(anlässlich der gemeinsamen Beiratssitzung der Stadtteile Findorff, Walle, Gröpelingen am 17.02.2015 einstimmig beschlossen)